



ENTSCHLIESSUNG Nr. 21) Öffentliche Dienste

Der 29. Weltkongress der Internationalen der Öffentlichen Dienste, versammelt in Durban, Südafrika, 27.-30. November 2012,

ERINNERT DARAN,

dass die Verteidigung und Verbesserung der Beschäftigung und der Arbeitsbedingungen von BeamtInnen und Beschäftigten im öffentlichen Dienst im Mittelpunkt der Forderungen der PSI stehen müssen.

Die PSI und ihre Mitgliedsgewerkschaften kämpfen für die Förderung der sozialen Gerechtigkeit und der grundlegenden Rechte und gegen Sozialdumping und die Ausbeutung der ArbeitnehmerInnen. Sie bestreiten und verurteilen die ultraliberale Wirtschaftslogik, ihr unsoziales Wesen und das Dogma des freien Wettbewerbs. Alle diese Elemente begünstigen und beschleunigen den Privatisierungsprozess der öffentlichen Dienste.

Die aktuelle Krise ist eine Krise des kapitalistischen Systems. Sie zeigt ganz klar das mangelnde Verantwortungsbewusstsein in der Finanzwelt, die grobe Nachlässigkeit und die fehlende Regulierung aufseiten der Staaten, die Millionen von ArbeitnehmerInnen zu Arbeitslosigkeit und Ruin verdammen.

Die PSI und ihre Mitgliedsgewerkschaften verurteilen, dass die Regierungen den ArbeitnehmerInnen die Konsequenzen der Krise aufbürden wollen. Die Streichung von Arbeitsplätzen und die zerstörerischen Reformen greifen in den öffentlichen Diensten um sich. Deshalb sind der öffentliche Dienst und seine Beschäftigten zu Variablen bei Haushaltsanpassungen im Hinblick auf die Beschäftigtenzahlen, Gehälter, Renten und Dienstorganisation geworden.

Für die Grundprinzipien des öffentlichen Dienstes und die Rechte seiner Beschäftigten bestehen schwerwiegende Bedrohungen und Gefahren. Der gleichberechtigte Zugang von BürgerInnen zu öffentlichen Diensten und die Neutralität des öffentlichen Dienstes werden in Frage gestellt.

Aus all diesen Gründen verurteilen die PSI und ihre Mitgliedsgewerkschaften diese Politiken, die den Staat destrukturieren und den öffentlichen Dienst den Marktmächten preisgeben.

Seien diese Maßnahmen durch die Krise veranlasst oder nicht, die PSI und ihre Mitgliedsgewerkschaften sind:

- Gegen die ‚Reformen‘, die von Regierungen auf Anweisung der internationalen Handels- und Finanzinstitutionen umgesetzt werden und zu einer Zerschlagung der öffentlichen Dienste und zu sozialem Rückschritt führen;
- Gegen jeden Versuch, die Forderungen nach drastischer Senkung der öffentlichen Ausgaben und öffentlichen Defizite durch Argumente der Wirtschafts- und Haushaltskonvergenz zu rechtfertigen.

Diesen für den öffentlichen Dienst zerstörerischen Politiken stellen die Mitgliedsgewerkschaften der PSI ihre Forderungen entgegen:

- Aufrechterhaltung und Ausbau von Beschäftigungs- und Karrieregarantien für BeamtInnen und Beschäftigte im öffentlichen Dienst, um sie vor dem Druck von Interessengruppen zu schützen und ihre Neutralität bei der Ausübung ihrer Aufgaben zu wahren,
- Aufrechterhaltung und Förderung von nicht marktbeherrschten, hochwertigen und ALLEN zugänglichen öffentlichen Diensten, um die wirtschaftliche und soziale Solidarität zu stärken,
- Erhöhung der Gehälter, Verbesserung der Gesundheits- und Sicherheitsbedingungen am Arbeitsplatz,
- Kampf gegen die Prekarität,
- Förderung der Gleichstellung im Berufsleben,
- Kampf gegen jegliche Form von Diskriminierung,
- Förderung des Zugangs von jungen ArbeitnehmerInnen zu nachhaltigen und hochwertigen öffentlichen Beschäftigungsverhältnissen,
- Einführung eines umverteilenden Steuersystems, das die angemessene Finanzierung der öffentlichen Dienste gewährleistet.

Für die PSI und ihre Mitgliedsgewerkschaften werden die internationalen Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation und die Verteidigung der Kollektivrechte weiterhin Prioritäten darstellen.

Solidarität, internationale Zusammenarbeit und Mobilisierung der ArbeitnehmerInnen werden es ermöglichen, diese Kämpfe zu gewinnen.

Hier können alle [Kongressentschlösungen](#), das Aktionsprogramm und die neue Satzung heruntergeladen werden.